Studie

Digitale Revolution?

[09.06.2015] Drei Viertel der deutschen Behörden haben oder planen eine digitale Strategie. Trotzdem hat die öffentliche Verwaltung hierzulande bei der Digitalisierung großen Nachholbedarf. Das zeigt eine Umfrage unter Führungskräften in 1.200 öffentlichen Verwaltungsstellen.

Die größten Herausforderungen der Zukunft bestehen aus Sicht der öffentlichen Verwaltung in der Umsetzung des E-Government-Gesetzes, den Maßnahmen der Digitalisierung, der Personalpolitik sowie im budgetären Druck – so das Fazit der bundesweiten Studie Zukunftspanel Staat und Verwaltung 2015. Im Rahmen der Studie haben die Hertie School of Governance zusammen mit der Firma Wegweiser Führungskräfte in 1.200 Verwaltungsstellen aus Bund, Ländern und Kommunen zum Status quo, zu erzielten Fortschritten sowie künftigen Herausforderungen innerhalb der Behörden befragt. Um auch die Einschätzungen der Privatwirtschaft abbilden zu können, wurden Unternehmen in die Befragung einbezogen. Wie die Hertie School of Governance berichtet, sieht eine deutliche Mehrheit der Befragten ungenutzte Potenziale mit Blick auf die Umsetzung der Digitalen Agenda 2014-2017. Kritisiert wurden vor allem die unzureichende Finanzierung sowie die ungenügende systematische Koordination im föderalen System. Die Umsetzung der Digitalen Agenda habe bisher kaum spürbaren Einfluss auf die Arbeit der Behörden. Aus der Umfrage geht außerdem hervor, dass knapp drei Viertel der befragten Behörden eine digitale Strategie haben oder eine solche planen. Defizite zeigen sich allerdings bei der Umsetzung des Regierungsprogramms Digitale Verwaltung 2020. 38 Prozent der befragten Behörden gaben an, diese innerhalb der nächsten fünf Jahre umzusetzen, 49 Prozent konnten hingegen noch nicht abschätzen, wann sie die Vorgaben realisieren. Laut der Pressemitteilung beschäftigt das Thema Digitalisierung die öffentliche Verwaltung zunehmend. Im Mittelpunkt stehen IT-Sicherheit, die Einführung der elektronischen Akte, der Auf- und Ausbau des Online-Angebots von Behördendienstleistungen sowie der Aufbau interner Kapazitäten und Kompetenzen im Bereich E-Government. Die Möglichkeit der elektronischen Bezahlung wurde hingegen erst von 25 Prozent der befragten Behörden aufgegriffen. Auch mit De-Mail, Mobile-Government-Anwendungen, Cloud Computing und Big Data haben sich deutsche Behörden bisher kaum beschäftigt. Den größten Investitionsbedarf in den kommenden fünf Jahren sehen die öffentliche Hand und die Unternehmen in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und digitale Infrastruktur gefolgt von Bildungsinvestitionen und dem Ausbau der Altenpflege.

(an)

Die Studie „Zukunftspanel Staat & Verwaltung 2015“ können Sie hier kostenfrei bestellen

Stichwörter: Panorama, Umfrage, Hertie School of Governance, Wegweiser